

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Draufschrift: Tagesblatt Rieser  
Geruch Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großgörsen, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Ries, des Finanzamts Ries und des Hauptzolamts Weihen.

Verlagskonto: Dresden 1380  
Straße Ries Nr. 22.

Nr. 19.

Montag, 24. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Baren. Für den Fall des Eintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Abgabe- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 22 mm breite, 2 mm hohe Grundschicht/Zeile (6 Zeilen) 25 Pfennig; die 22 mm breite Restzeile 100 Pfennig. Gebührende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt eintritt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch geht. Jahrs- und Ersparungs- und Erfüllungsort: Ries. Wichtige Unterhaltungsbeilage: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Ries. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Ries; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Ries.

## Ein neuer Verhandlungsabschnitt.

an. Eine Klärung der parlamentarischen Lage ist durch die Verhandlungen über die Regierungsneubildung bis in die letzten Konsequenzen noch nicht erfolgt. Unwillkürlich fragt man sich in den Kreisen, die nicht unmittelbar an den tatsächlichen Beratungen im Reichstage und in den Fraktionsversammlungen der Parteien teilnehmen, worin denn der Wert der 14tägigen nutzlosen Verhandlungen besteht, wenn man nun mit Beginn der neuen Woche wieder an einem Anfang steht.

Auslos waren die Auseinandersetzungen der Parteien in keiner Weise, weil bei aller Zurückhaltung der Fraktionen schließlich doch die Bildung der Großen Koalition sich als unumgänglich herausstellte und einer Regierung der Mitte sich Schwierigkeiten in den Weg stellten, deren Überwindung erst nach wochenlangen Bemühungen erreicht worden wäre. Der Gedanke, von der Mitte aus nach und nach alle Parteien zu einer künftigen Mitarbeit an den Regierungsgeschäften heranzuführen, ist durch das Manifest des Zentrums und durch die Übernahme der Regierungsbildung durch Dr. Marx aufrecht erhalten worden. Die Deutschnationalen werden auch als Mitglieder des neuen Kabinetts sich den Grundgedanken der bisherigen Regierungsparteien anschließen und manchen Punkt in ihrem Programm streichen müssen. Ueber das Regierungsprogramm werden die Verhandlungen erst mit dem heutigen Tage beginnen, und es wird davon abhängen, in welcher Form Dr. Marx die Richtlinien des Zentrums in ein allgemeines Regierungsprogramm umarbeiten, inwieweit die Deutschnationalen Derselben beistimmen. Sie haben dem Reichspräsidenten versichert, daß sie die Verhandlungen durch unbedingte Mithilfe nicht zum Scheitern bringen wollen, sondern seinen Versuch zur Bildung einer Reichsregierung nach Kräften unterstützen werden. In parlamentarischen Kreisen hält man es durchaus für möglich, daß die Schwierigkeiten weniger durch Programmdifferenzen des Zentrums und der Deutschnationalen entstehen werden, als vielmehr durch die allgemeine Aussprache der für die Regierungsneubildung in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien. Die Deutsche Volkspartei wird sich jedenfalls gewissen futurpolitischen Plänen des Zentrums und der Deutschnationalen widersetzen und versuchen, die gesamte Gesetzgebung mit liberalerem Geiste zu durchdrängen.

Die Wirkungsbedingungen einer rein bürgerlichen Regierung ohne die Demokraten sind nicht zu unterschätzen. Die Sozialdemokraten befürchten zwar, daß die bestehenden Kreise die Regierungsmacht annehmen werden, um die arbeitende Bevölkerung zu drangsalieren und ihr die Rechte zu nehmen. Schon Dr. Curtius hat bei seinen Bemühungen um die Regierungsneubildung ein solches Programm aufgestellt, um nach links eine verbindende Brücke zu zeigen. Die Sozialdemokraten werden vorläufig noch keine Zustimmung zum gegenwärtigen Lauf der Dinge geben, sondern vorläufig das kommende Kabinett weiter verdrängen, daß es der Arbeiterschaft feindselig gegenüberstehe. Weiterhin werden sie versuchen, die Arbeiterschaft des Zentrums zu sich hinüber zu ziehen, um langsam einen Keil in die neue Regierungskoalition zu treiben. Dieser Versuch wird jedoch daran scheitern, daß die Gewerkschaftsführer des Zentrums durchweg ihr Einverständnis zu den isolierten Richtlinien des Reichskanzlers gegeben haben, wodurch die volle Einmütigkeit und Einstimmigkeit der Partei hergestellt worden ist. Falls es der neuen Regierung gelänge, eine Politik für das Volk zu treiben, so wird ihr schon jetzt eine längere Lebensdauer vorausgesagt, als alle bisherigen Kabinette in der Nachkriegszeit hatten.

## Denkschrift für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat jetzt dem Reichstag die angekündigte Denkschrift über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorgelegt. Die Denkschrift behandelt in eingehenden Ausführungen das Programm, das der Reichsarbeitsminister im Juli dem Reichstag mitgeteilt hat, und bringt genaue Angaben über den jetzigen Stand der verschiedenen Maßnahmen. Während manche der beschlossenen Maßnahmen bereits vollständig ausgeführt worden sind, sind andere noch im Gange; ihre volle Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt wird daher erst in den folgenden Monaten in Erscheinung treten.

In einzelnen ergibt sich aus der Denkschrift, daß die Aufträge und Arbeiten der Reichsbahn im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zum überwiegenden Teil bereits Ende Oktober vergeben waren. Die Bahnbauten, für deren Fertigstellung das Reich der Reichsbahn besondere Mittel zur Verfügung gestellt hatte, sind sämtlich in Angriff genommen. Die Aufträge aus dem zivilischen Beschaffungsprogramm der Reichspost sind fast reiflich vergeben. Die Wohnungsbaumaßnahme hat in den ersten Monaten mit Hilfe der bereitgestellten Reichsmittel beträchtlich zugenommen, wie auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern in der gleichen Zeit zeigt. Neben den eigentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind auch die öffentlichen Arbeitsstellen nachdrücklich weiter gefördert worden.

## Die Verhandlungen über die Entwaffnung.

Berlin. (Hunfpruch.) Wie wir zu den Verhandlungen in Frankreich erfahren, sind die Verhandlungen zu einem Kompromiß in der Entwaffnungsfrage noch nicht gelangt. Eine vorläufige vorläufige Einigung scheint aber nahe bevorzustehen.

## Die Verhandlungen über die Rechtsregierung.

von Berlin. Reichskanzler Dr. Marx hat am Sonnabend die Fühlungnahme mit den Parteiführern über die Frage einer Regierungsneubildung im Sinne des bekannten Hindenburg-Briefes begonnen. Er hatte darüber zunächst eine Aussprache mit den Ministern Dr. Stresemann und Dr. Brauns und empfing dann die Abg. Koch, Erkelens und Dr. Haas von der Demokratischen Partei, den Abg. Reich von der Bayerischen Volkspartei und die deutschnationalen Abgeordneten Graf Bekker und Ballraf. Das Reich hat bereits die Bereitwilligkeit der Bayerischen Volkspartei zur Teilnahme an einer Rechtsregierung ausgesprochen. Die Besprechungen mit den deutschnationalen Abgeordneten waren nur die Einleitung für offizielle Verhandlungen, die heute Montag mit einer Verhandlungskommission der Deutschnationalen geführt werden sollen. Die Abgeordneten der Demokratischen Partei lieben die Frage offen, ob sie sich positiv an Verhandlungen über die Regierungsneubildung beteiligen wollen; sie wünschten vorher eine Klärung der Vorklage, ob das am Freitag herausgegebene Zentrumsmanifest als ein Mindestprogramm der Rechtsregierung anzusehen ist oder nur als eine Rundgebung der Zentrumsfraktion an ihre Wähler. Die demokratischen Unterhändler regten an, daß Dr. Marx dieses Programm allen Parteien, nicht bloß den Deutschnationalen, sondern auch den Sozialdemokraten, zur Stellungnahme vorlegen möge. Sie hatten den Eindruck, daß Dr. Marx nicht abgeneigt sei, so vorzugehen.

Dr. Marx hatte nach den Unterhandlungen eine Aussprache mit seinen Fraktionsfreunden v. Guentard und Seegerwald. Es bleibt abzuwarten, ob die Verhandlungen am Montag im Sinne dieser Kurierungen geführt werden. In parlamentarischen Kreisen wird sehr lebhaft die Frage erörtert, welchen Charakter das Zentrumsmanifest trägt. Die Demokraten gehen von der Ansicht aus, daß dieses Bekenntnis zur republikanischen Innenpolitik und zur Verfassungsreform nicht nur für die Sozialdemokraten annehmbarer sein dürfte, als für die Deutschnationalen. Auf der rechten Seite wird dagegen die Meinung vertreten, das Zentrum habe mit seinem Manifest nur ausdrücken wollen, daß es auch in einem Rechtskabinett an seiner bisherigen Politik festhalte, ohne damit den linken Parteien zuzumuten zu wollen, daß sie dieses Parteiprogramm unterschreiben. Klarheit über diese Frage werden erst die heutigen Verhandlungen ergeben.

## Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Berlin. In politischen Kreisen wird angenommen, daß Dr. Marx achtern mit mehreren Politikern, darunter den für das neue Kabinett wieder in Betracht kommenden bisherigen Ministern, die Grundzüge des Regierungsprogramms ausgearbeitet habe, aber daß er heute mit den deutschnationalen Vertretern verhandeln werde. Die „Montagspost“ will wissen, daß Dr. Marx den deutschnationalen Unterhändlern ganz konkrete Fragen über Republik, Verfassung, Reichswehr und Außenpolitik vorlegen werde. Wie der „Montag“ mitteilt, sind von den Deutschnationalen

die Abgeordneten Graf Bekker, Ballraf, Sippel, von Goldacker und der politische Beauftragte der Partei, Treviranus, zu Unterhändlern bestimmt worden. — Das letztgenannte Blatt nimmt an, daß bei der Unterredung mit den Deutschnationalen auch Dr. Brauns und Dr. Stresemann zugegen sein werden. Auch mit den Sozialdemokraten dürfte nach der gleichen Quelle Dr. Marx noch einmal Rücksprache nehmen.

## Die Deutschnationalen bei Dr. Marx.

Berlin. (Hunfpruch.) Wie das Volkswort aus parlamentarischen Kreisen erzählt, hat Dr. Marx heute vormittag die offiziellen Verhandlungen über die Bildung einer bürgerlichen Reichsregierung begonnen. Er empfing um 10 Uhr im Reichstag den Verhandlungsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei und legte ihm die bekannten Fragen vor, die sich aus der Rundgebung des Zentrums ergeben. An der Besprechung nahmen auch Dr. Stresemann und Dr. Brauns teil. In parlamentarischen Kreisen nimmt man damit, daß Dr. Marx später auch mit der Bayerischen Volkspartei verhandeln wird. Er dürfte weiter auch den Führern der Sozialdemokratie von den Richtlinien des Zentrums Kenntnis geben. Die Ausarbeitung eines Berliner Montagmanifestes, das die Verwirklichung des Zweck habe, die Möglichkeit eines Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung zu prüfen, ist nach Ansicht unternichtiger Kreise vollkommen abgemacht, weil der Auftrag, den Dr. Marx vom Reichspräsidenten erhalten hat, ausdrücklich die Bildung einer bürgerlichen Reichsregierung vorseht.

Berlin. (Hunfpruch.) Wie wir erfahren, liegt den Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Deutschnationalen neben ein reformmäßig hergeleitetes Programm zugrunde, in dem es sich bei der Außenpolitik um die Fortführung der Bismarckpolitik und die lokale Mitarbeit im Völkerverband handelt. In der Innenpolitik behält es sich mit den Fragen der Reichswehr, der Sozialpolitik und dem Schutz der Republik vor Verleumdungen und Angriffen. Es sollen auch geeignete Maßnahmen gegen Transaktionen getroffen werden, die auf gewaltsamem Wege einen Umsturz herbeiführen könnten.

## Weitgehende Annäherung möglich?

Berlin. (Hunfpruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger weiter hört, ist in der heutigen Besprechung in den Hauptpunkten des geltenden Reichskabinetts angekündigten vorläufigen Regierungsprogramms schon eine weitgehende Annäherung zwischen den verhandelnden Reichsministern und den Deutschnationalen möglich gewesen. Eine Ausnahme bilden die sozialpolitischen Forderungen des Marxischen Programms und die Anerkennung der Symbole der Republik. Außerdem ist heute über den Fragenkomplex der Schulpolitik überhaupt noch nicht gesprochen worden. Wegen dieser drei Punkte ist die heutige Fraktionsführung der Deutschnationalen notwendig geworden, die die morgige Fortsetzung der Verhandlungen vorbereiten soll.

## Eine Rede des sächsischen Finanzministers. Mittelstandskundgebung der Wirtschaftspartei.

Berlin 23. Januar. Der Landesverband Berlin der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes veranstaltete heute im ehemaligen Herrenhaus eine große Mittelstandskundgebung, an der u. a. auch der sächsische Finanzminister und der Vorsitzende des Bayerischen Bauernbundes Münchenberger teilnahmen.

Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Mollath über die Grundrechte des deutschen Mittelstandes erklärte der Parteivorsitzende Reichstagsabgeordneter Drenth zur Regierungsbildung im Reich, daß für die Förderung der Wirtschaftspartei nach einer bürgerlichen Regierung maßgebend sei, daß mit den Linksparteien die schwachen großen Fragen nicht gelöst werden könnten. Der Redner warnte jedoch vor großen Hoffnungen auf die bürgerliche Regierung und erklärte, wenn es sich ergeben sollte, daß auch die bürgerliche Regierung den Forderungen der Wirtschaftspartei nicht genügend Gehör schenke, die Freundschaft dann eben wieder aufhören werde.

Der sächsische Finanzminister Weber wies darauf hin, daß die Mittelstandsbewegung jetzt eingeleitet sei in die Reihe der verantwortlichen Regierungsparteien. Der Redner ging darauf ein, wie die Wirtschaftspartei in der sächsischen Regierung ihre Forderungen durchsetzen wolle. Er betonte, daß die einmal vorhandenen Koalitionsverhältnisse natürlich Rücksicht genommen werden müsse. Sein erstes Prinzip als sächsischer Finanzminister werde sein, den Sparmaßstäben im Staatshaushalt zur Geltung zu bringen. Der entsprechende Wahn in der Regierungserklärung sei durch die Wirtschaftspartei berichtigt worden. Weiterhin enthalte das Programm zum ersten Male den großen Mittelstandskundgebung, wie es in Artikel 104 der Reichsverfassung zum Ausdruck gebracht sei. Doch nie habe ein Regierungsprogramm dieses Bekenntnis enthalten. Wir stellen an die Spitze aller unserer Bestrebungen die Gewandhaltung und Kräftigung des gesamten arbeitenden und getragenen Mittelstandes. Der Minister kündigte

weiter Maßnahmen an, um das Eindringen der öffentlichen Hand in die Unlakerehältnisse zu verhindern. Die öffentlichen Betriebe müßten nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten umgestellt werden. Sie seien ebenso steuerpflichtig wie jedes andere Unternehmen. Beim endgültigen Finanzausgleich werde die Frage einer gerechten steuerlichen Verteilung zu lösen sein. Schließlich werde man besonders darauf zu achten haben, daß die Reichsfinanzverwaltung der Vermögensfähigkeit der Länder und Gemeinderäte Rechnung trage.

## Glückwunsch der Reichsregierung an Dr. Schacht.

Berlin. Reichskanzler Dr. Marx hat an den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht das folgende Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichsbankpräsident!

Den heutigen Tag möchte ich nicht vorbeigehen lassen, ohne Ihnen zugleich namens der Reichsregierung die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche zum 50. Geburtstag darzubringen.

In schwerer Zeit haben Sie Ihre ganze Kraft dem Reiche als Reichswirtschaftsminister zur Verfügung gestellt und dann, vor nunmehr drei Jahren, auch einem Wünsche mehrerlei als des damaligen Reichspräsidenten folgend, das verantwortungsvolle Amt eines Präsidenten des Reichsbankdirektoriums zu übernehmen. Die großen, inwieweit eingetretenen Erfolge auf dem Wege zur Gesundung der deutschen Wirtschaft dankt das deutsche Volk nicht zum wenigsten Ihrer unermüdeten, von vorbildlicher Entschlossenheit, Entrost und edler Vaterlandsliebe getragenen Arbeit. Bei diesem bedeutungsvollen Abschnitt Ihres Lebens ist es mir eine Freude und Dienstverpflichtung zu erklären, daß die Reichsregierung Ihren Verdiensten um Deutschlands Wohl, sehr geehrt Herr Präsident, höchste Anerkennung zollt. Möge Ihre wertvolle Arbeitskraft noch sehr lange der Reichsbank und damit dem Vaterlande erhalten bleiben.

Ich verbleibe mit den angelegentlichsten Empfehlungen  
Ihrer Reichsregierung  
Dr. Marx.